

Offener Brief

der Gemeinde bzw. Verwaltungsgemeinschaft

an
Ministerpräsident Horst Seehofer
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Staatsminister,

unsere Gemeinde bzw. Verwaltungsgemeinschaft hat sich in den vergangenen Monaten mit unterschiedlichen Konzepten an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus gewendet, um einen Schulversuch für die regional angemessene Weiterentwicklung unseres Schulstandorts durchführen zu dürfen. Hintergrund dafür sind rückläufige Schülerzahlen und steigende Übertritte in Realschulen und Gymnasien.

Keiner dieser Anträge wurde bislang genehmigt, zahlreiche abgelehnt oder mit dem Verweis auf einen geplanten Modellversuch der Staatsregierung zurückgestellt. Der durch die KMBek vom 13.3.2009 veröffentlichte Modellversuch einer Kooperation von Haupt- und Realschulen ist jedoch nicht in der Lage, unseren spezifischen Bedürfnissen vor Ort gerecht zu werden. Die dabei vorgesehen Kooperationen stellen für unsere Gemeinden keine Lösung dar, weil sie auf der strikten Trennung der Schularten basieren und die räumliche Nähe von mindestens zweizügigen Haupt- und Realschulen voraussetzen.

Auch Schulverbünde, wie sie das Kultusministerium im Rahmen der Hauptschulinitiative vorschlägt, sind im ländlichen Raum keine Lösung. Kleine Hauptschulen sollen dabei ihr Fächerangebot auf verschiedene Standorte aufteilen. Die Schüler müssen von den verschiedenen Schulstandorten zum jeweiligen Angebot transportiert werden. Sie haben dann keinen festen Schulstandort mehr, ein Teil von ihnen ist immer unterwegs, viele müssen längere Anfahrtswege in Kauf nehmen. Insbesondere aber kann dem Wunsch von immer mehr Eltern nach einem wohnortnahen Realschulabschluss für ihr Kind nicht entsprochen werden. Steigende Übertritte in die Realschulen und das Auspendeln dieser Schüler können nicht gestoppt werden. Es muss folglich ein Realschulabschluss am Wohnort angeboten werden, nur so lässt sich der Schulbestand vor Ort sichern.

Wir werden nicht akzeptieren, dass das Kultusministerium bislang alle schulartübergreifenden Anträge abgelehnt hat - obwohl unsere Gemeinden die jeweiligen Anträge einstimmig und nach langen und sorgfältigen Diskussionen beschlossen haben. Wir - Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder, Eltern, Schulleiter und Lehrer - sehen uns um die Möglichkeit gebracht, pragmatisch Schulstandorte zu erhalten und qualitativ hochwertige pädagogische Schulabschlüsse vor Ort anbieten zu können - nur weil das Kultusministerium bestimmt, dass die Eigenständigkeit der Schularten nicht angetastet werden darf. Wir sind enttäuscht und fordern die Staatsregierung auf, auch Anträge zu genehmigen, die über die engen Kriterien des Modellversuchs Kooperationsschulen hinausgehen.

Bitte wenden!

Bleibt das Ministerium bei den engen Vorgaben für die Kooperationsschulen, hat dies für unsere Gemeinden weitere Schulschließungen zur Folge. Dadurch werden teuer sanierte Gebäude leer stehen und Familien fern bleiben, weil sie Wohnorte bevorzugen, die ein attraktives Schulangebot vorhalten. Die Kinder unserer Gemeinde müssen lange Schulwege in Kauf nehmen. Sie müssen häufig extrem früh aufstehen - für viele Kinder eine große Belastung. Viele orientieren sich schließlich mehr am neuen Schulstandort und weniger am Wohnort. Dies bedeutet einen herben Verlust für die heimische Wirtschaft, für das örtliche Vereins- und Kulturleben. Insgesamt verlieren unsere Gemeinden Attraktivität als Standort. Das bedeutet keine Stärkung des ländlichen Raums, sondern eine Schwächung. Wir werden einer systematischen Entschulung des ländlichen Raums nicht tatenlos zusehen. Wir werden uns mit einer lapidaren Absage aus München nicht abfinden.

Deshalb appellieren wir an Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident und Herr Staatsminister, die vorgelegten Anträge auf Regionale Schulentwicklung (RSE) zu genehmigen und auch Modelle zuzulassen, die die Anbindung eines Realschulzweiges an Hauptschulen vorsehen. Das Kultusministerium muss uns eine Chance auf schulische Entwicklung geben!

Name, Vorname	Adresse	Beruf/Funktion	Unterschrift

Bitte Kopie senden an:

- Staatsminister für Unterricht und Kultus, Herrn Dr. Ludwig Spaenle, 80327 München
- BLLV, Postfach 150 209, 80042 München